

Helbig, Marcel

Research Report

Als hätte es Corona nicht gegeben: Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht

WZBrief Bildung, No. 43

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Helbig, Marcel (2021) : Als hätte es Corona nicht gegeben: Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht, WZBrief Bildung, No. 43, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2021042313403202068854>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/234526>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZBrief Bildung

43 | März 2021

Als hätte es Corona nicht gegeben Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht

Marcel Helbig

Kenntnisse und Chancen der Kinder sind nach Schulschließungen und Distanzunterricht so ungleich wie nie.

Zusatzunterricht, Wiederholung von Schuljahren, Reduktion des Stoffs: Es gibt keine einfache Lösung für die Schule nach Corona – die Folgen jedes Weges sollten bedacht werden.

Maßstab der Bildungspolitik sind der ursprüngliche Lehrplan und privilegierte Kinder.

Als hätte es Corona nicht gegeben

Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht

Marcel Helbig

Wie viele Unterrichtsstunden in Präsenz seit dem ersten Lockdown im März 2020 in Deutschland ausgefallen sind, ist schwer zu erheben – manche Schätzungen liegen bei 500. Der Umfang des Ausfalls und die Qualität des digital unterstützten Distanzunterrichts variieren von Schule zu Schule stark. Die mittel- und langfristigen Folgen für die Einzelnen dürften sehr unterschiedlich sein, je nach Bundesland, Schulsituation, Schulklasse und Familie. Überall aber stellt sich die Frage, wie mit den Folgen der Corona-Schuljahre umzugehen ist. Einfache Lösungen dafür gibt es nicht. Anliegen dieses Beitrags ist es daher vielmehr, auf Fragen hinzuweisen, die in der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgespart werden, sowie bestehende Vorschläge für den Umgang mit den Corona-Jahren analytisch einzuordnen. Einigkeit besteht nur in einer Frage: Der verpasste Lernstoff gilt als wichtig und soll nachgeholt werden. Wie groß aber die Lernlücken sind und wie mittelfristige und langfristige Lösungen aussehen können, ist weitgehend offen.

Lernlücken: das Ausmaß des Schadens

Der vorhandene Forschungsstand zu den Folgen der Schulschließungen für die Kompetenzentwicklung der Kinder ist sehr unübersichtlich und bezieht sich ausschließlich auf die Folgen des ersten Lockdowns (im Frühjahr 2020). Vorliegende Studien aus Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg sowie Belgien, den Niederlanden und den USA sind in ihren Ergebnissen sehr unterschiedlich. Während einige zu dem Ergebnis kommen, dass die Schüler und Schülerinnen (in Mathematik und der jeweiligen Muttersprache) geringe Kompetenzrückstände aufweisen, stellen andere fest, dass die Lernlücken während des ersten Lockdowns so groß sind, als hätte es gar keinen digitalen Unterricht gegeben (siehe Helbig 2021, S. 6 ff.).

In Deutschland wird es bis zum Ende des Schuljahres und darüber hinaus wohl keine bessere empirische Basis geben, um die Lernlücken beider Corona-Schuljahre zu bewerten. Bis zu den nächsten größer angelegten Studien (turnusmäßig zu erwarten sind der Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, eine neue PISA-Studie 2022 oder die nächste Erhebung des Nationalen Bildungspanels) wird die Diagnose über die jeweils eigenen (individuellen) Erlebnishorizonte definiert. Und so gibt es auch unter Bildungsexperten und -expertinnen jene, die (wahrscheinlich zu Recht) der Meinung sind, dass es durchaus Kinder gibt, die im Distanzunterricht mit ihrer akademisch gebildeten Privatlehrkraft Mama oder Papa besser gelernt haben als im Klassenkontext mit 24 anderen Kindern. Unstrittig ist allerdings, dass die Pandemiesituation die Ungleichheit in den Bildungschancen nach ökonomischen, kulturellen und zeitlichen Ressourcen der Familie oder den Bezug zur deutschen Sprache noch verschärft hat. Zudem treten noch weitere hinzu: In der Pandemie hängt der Bildungserfolg auch davon ab, wie gut die Breitbandabdeckung in einer Region ist, wie umfangreich die Schließungen ausfallen, in

Zum Autor

Professor Marcel Helbig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe der Präsidentin am WZB und leitet den Arbeitsbereich „Strukturen und Systeme“ am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIffBi) in Bamberg.

welcher Klassenstufe ein Kind ist oder wie gut der Distanzunterricht organisiert wird. Ohne Zweifel haben viele Lehrkräfte während der Pandemie Großartiges geleistet. Gleichwohl gelang es nicht allen, den Distanzunterricht gut zu strukturieren, angemessenes Feedback zu geben und mit Videounterrichtseinheiten zu arbeiten. Klar ist, dass wir es nicht nur mit individuellen Lernrückständen einzelner Schüler und Schülerinnen zu tun haben, sondern mit der strukturellen Benachteiligung verschiedener Gruppen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Dimensionen von Ungleichheiten während der Corona-Schuljahre

Keine/Kleine Lernlücke	Dimension	Große Lernlücke
hohe ökonomische, kulturelle und zeitliche Ressourcen	Ressourcen der Familie	niedrige ökonomische, kulturelle und zeitliche Ressourcen
Deutsch in der Familie	Familiensprache	kein Deutsch in der Familie
Hohe Breitbandabdeckung	Land vs. Stadt	Niedrige Breitbandabdeckung
wenig Schließungen wegen lokaler Inzidenz	Regionale Unterschiede	viele Schließungen wegen lokaler Inzidenz
Textinterpretation von „Faust“ in der Oberstufe	Klassenstufe und Lehrstoff	Schriftspracherwerb in der ersten Klasse
hohe IT-Kompetenz (9. Klasse)	Klassenstufe und Medienkompetenz	ohne IT-Kompetenz (1. Klasse)
Mathe und Deutsch	Fächer	„kleine Fächer“
strukturiertes Videounterricht mit viel Feedback	Lehrkraft	unstrukturierte Themenpläne ohne Feedback und Videochat

Wo können also mittel- und langfristige Lösungen der Bildungspolitik ansetzen? Theoretisch sind drei Wege vorstellbar:

1. Die Schüler und Schülerinnen mit kleinen Lernlücken sind Maßstab für alle anderen hinsichtlich dessen, was gekonnt und gewusst werden muss. Der erwartete Lernstoff wird also daran bemessen, welcher Lernstoff in einem normalen Schuljahr hätte geschafft werden sollen. Das heißt, Kinder mit großen Lernlücken müssen an diese Wissensstände anschließen.
2. Die Schüler und Schülerinnen mit großen Lernlücken sind der Maßstab. Allen Schülern und Schülerinnen wird mehr Zeit eingeräumt, um bestehende Lernlücken zu schließen, auch wenn dies bedeutet, dass Kinder mit kleinen Lernlücken vermehrt Schulstoff wiederholen müssen.
3. Für alle setzt der Lernstoff dort an, wo sie jeweils nach den Corona-Schuljahren stehen. Dies setzt eine ausgefeilte Diagnostik, eine darauf basierende individuelle Förderung aller Schüler und Schülerinnen sowie eine flexible jahrgangsübergreifende Schulorganisation (und ggf. flexible Prüfungszeiten) voraus.

Fünf sehr verschiedene Lösungswege

Aktuell werden mehrere Hauptstrategien diskutiert, um den verpassten Lernstoff aufzuholen. Die Vorschläge unterscheiden sich vor allem darin, welche Gruppen von Schülern und Schülerinnen sie zum Maßstab nehmen. Im Folgenden werden die fünf Vorschläge vorgestellt, die in der öffentlichen Diskussion am präsentesten sind, und aus Sicht der Bildungsforschung bewertet.

Vorschlag 1: Schüler und Schülerinnen erhalten zusätzlichen Unterricht an Samstagen oder in den Ferien.

Dieser Ansatz setzt Schüler und Schülerinnen als Maßstab, die gut durch die Corona-Schuljahre gekommen sind, und zielt darauf ab, dass jene mit großen Lernlücken diese schließen. Zielgruppen dieser Maßnahmen sind jene Schüler und Schülerinnen, die – zumindest gemessen am Lernstand – durch die Schulschließungen besonders benachteiligt waren. Für genau diese Kinder allerdings wäre ein Ausgleich, aber auch eine Erholung besonders wichtig. Verstärkter Unterricht am Wochenende und in den Ferien kann jedoch gerade bei diesen Kindern zu einer Schulentfremdung führen oder diese weiter verstärken. Zudem wird bei diesen Maßnahmen auf Freiwilligkeit gesetzt. Ob damit allerdings genau jene Schüler und Schülerinnen erreicht werden, die die größten Lernlücken aufweisen, ist fraglich. Abgesehen davon erscheint es sinnvoll, Zusatzunterricht durch die regulären Lehrkräfte der jeweiligen Kinder zu erteilen. Es ist aber nicht geplant (und wahrscheinlich auch nicht realistisch), die regulären Lehrkräfte für Nachhilfeangebote einzusetzen. Derartige Zusatzangebote sollen eher durch private Anbieter von Nachhilfe, pensionierte Lehrkräfte, Lehramtsstudierende, Stiftungen etc. bereitgestellt werden. Dadurch können die Zusatzangebote allerdings nicht oder nur mäßig systematisch mit dem fortlaufenden regulären Unterricht abgestimmt werden. Zudem mag der Einsatz von Lehramtsstudierenden in Großstädten funktionieren – ein flächendeckendes Angebot in kleineren Städten wie etwa Görlitz oder Hof, die fernab von Universitäten mit einer Lehramtsausbildung liegen, abzusichern, dürfte hingegen schwer sein.

Vorschlag 2: Schüler und Schülerinnen können freiwillig ein Schuljahr wiederholen.

Diesen Vorschlag haben mittlerweile einige Bundesländer ins Auge gefasst. Damit wird allerdings die Lösung eines kollektiven Problems der individuellen Entscheidung von Eltern und Kindern überlassen – und wir wissen aus der Bildungsforschung, dass derartige Freiwilligkeiten und Entscheidungsfreiheiten der Eltern (soziale) Ungleichheiten eher vergrößern als verringern. Zudem sind die Folgen der freiwilligen Wiederholung kaum absehbar. Zwei Folgen sind denkbar: Die Klassenwiederholung könnte aus guten Gründen (weitere Ausführungen hierzu in Helbig 2021, S. 26 f.) nur von sehr wenigen Schülern und Schülerinnen wahrgenommen werden. Im Folgeschuljahr orientiert sich der Lernstoff, ohne Klassenwiederholung, dann wieder an den Kindern, die gut durch die Corona-Schuljahre gekommen sind, bzw. am Lehrplan. Schüler und Schülerinnen mit großen Lernlücken können dort nicht mehr anknüpfen. Als Konsequenz nehmen in den Folgejahren unfreiwillige Klassenwiederholungen zu, und der Anteil von Schülern und Schülerinnen ohne Schulabschluss steigt. Derartige Entwicklungen wären individuell, gesellschaftlich und ökonomisch die ungünstigsten Folgen, die sich aus den Corona-Schuljahren ergeben können. Auf der anderen Seite könnten sich vor allem an Schulen mit einem hohen Anteil armer Kinder, in Kreisen mit längeren Lockdowns und Quarantänezeiten und in Schulen und Klassen, in denen digitaler Unterricht nicht gut umgesetzt wurde, viel mehr Eltern und Kinder für ein freiwilliges Zusatzjahr entscheiden. Es käme so zu massiven Verschiebungen, auf die die jeweilige Einzelschule gar nicht reagieren kann. Bei der freiwilligen Klassenwiederholung wird darauf verwiesen, dass die Schulen die Eltern bei ihrer Entscheidung beraten sollen. Kann eine Schule

aber überhaupt mehreren Schülern und Schülerinnen einer Klasse empfehlen zu wiederholen, wenn sie gar nicht die Kapazitäten hat, diese Schüler und Schülerinnen im nächsten Schuljahr zu beschulen?

Vorschlag 3: Vermeintlichüberflüssiger Lernstoff wird weggelassen, damit verpasster Lernstoff in den sogenannten zentralen Fächern nachgeholt werden kann.

Dieser Vorschlag setzt Schüler und Schülerinnen mit großen Lernlücken als Norm und orientiert sich an ihren Wissensständen. Ob das Weglassen von Lernstoff gelingen kann, ist sehr schwer einzuschätzen. Letztlich wird sich die Umsetzbarkeit von Klassenstufe zu Klassenstufe und von Fach zu Fach unterscheiden. Eine Entscheidung für diesen Weg bedeutet aber sehr wahrscheinlich, dass dies auf Kosten von Lerninhalten in Fächern wie Kunst, Musik, Ethik oder politische Bildung geht – genau jenen Fächern also, die auch während der Corona-Schuljahre eher weniger Aufmerksamkeit erfahren haben. Bei diesem Vorschlag muss zudem darauf verwiesen werden, dass der letzte Versuch, Lehrpläne zu kürzen – nämlich bei der Gymnasialzeitanpassung von 9 auf 8 Jahre –, scheiterte. Eine pragmatische Lösung könnte es sein, den Schulstoff der letzten Monate in allen Schulklassen in das nächste Schuljahr zu verschieben. Die verbleibenden Monate in diesem Schuljahr könnten zuallererst genutzt werden, um für alle Schüler und Schülerinnen ein vergleichbares Lernniveau herzustellen. Der Schulstoff, der dieses Schuljahr dann nicht geschafft wird, wird im nächsten behandelt. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass Lehrkräfte pragmatisch Wichtiges von Unwichtigem trennen. Dies müsste jedes Schuljahr wiederholt werden, bis der verlorene Stoff über einen längeren Zeitraum aufgeholt worden ist. Gerade durch die vielerorts erfolgte Umstellung von klar vorgegebenen Stundentafeln hin zu Kontingentstundentafeln bestehen hier Chancen. Schwieriger umzusetzen dürfte dieser Ansatz beim Übergang auf die weiterführenden Schulen sein sowie für Jahrgänge, die kurz vor ihrem Schulabschluss stehen.

Vorschlag 4: Das ganze Schuljahr wird für alle Schüler und Schülerinnen wiederholt.

Auch dieser Vorschlag wurde mehrfach vorgetragen. Zu fragen wäre hier zunächst, ob ein ganzes Jahr wiederholt werden soll oder nur die Monate, die nicht in Präsenz stattgefunden haben. Doch unabhängig davon würde dieses Vorgehen das Grundschulnetz kurzfristig an seine Grenzen bringen: Pro Schuljahr werden deutschlandweit rund 730.000 Kinder eingeschult. Um sie zu unterrichten, ohne dass wie üblich ein Jahrgang die Grundschule verlässt, wären ungefähr 40.000 zusätzliche Vollzeitlehrkräfte in fast ebenso vielen Klassenräumen erforderlich, die gerade in vielen Großstädten nicht existieren. Dieser Vorschlag fasst die Corona-Schuljahre als Ausnahmesituation, die (Schüler- und Schülerinnen-)Generationen zuvor nicht erlebt haben. Er stellt die grundsätzliche Frage, warum denn die derzeitigen Schüler und Schülerinnen überhaupt dann das Gleiche leisten sollten wie die Generationen davor und danach.

Vorschlag 5: Das aktuelle Schuljahr wird bis Weihnachten verlängert, die nächste Einschulung wird entsprechend verschoben.

Dieser Vorschlag nimmt jene Schüler und Schülerinnen zum Maßstab, die nicht so gut durch die Corona-Schuljahre kamen, und bietet Zeit für alle, um nicht adäquat behandelten Lernstoff nachzuholen – auch in den sogenannten kleinen Fächern. Ein solches Langschuljahr würde Zeit erkaufen, um systematische Lernlücken zu entdecken, zu bearbeiten und zu schließen. Dieser Vorschlag orientiert sich damit an den normativen Prämissen einer Schuljahreswiederholung für alle, versucht aber miteinzubeziehen, dass die Grundschulen (und vier Jahre später die weiter-

führenden Schulen) begrenzte Kapazitäten haben. Mit diesem Vorschlag wäre für alle aktuellen Jahrgänge mehr Lernzeit gewonnen. Im Januar müsste dennoch ein neuer Jahrgang eingeschult werden, der ein Drittel größer wäre als in den Jahren zuvor (da sich dann auch die Stichtage für die Einschulung verändern). Dies würde zusätzlichen Platz für 243.000 Kinder bedeuten und rund 13.500 neue Lehrkräfte und fast ebenso hohe Raumbedarfe im Grundschulbereich erfordern. Zudem ergeben sich bei diesem Vorschlag weitere Anpassungs- und Konkretisierungsbedarfe (siehe hierzu Helbig 2021, S. 19 f.). Für ein zentrales Gegenargument – das Schuljahr könnte nicht einfach verlagert werden – bietet Rheinland-Pfalz ein Gegenbeispiel: Hier beenden die Abiturienten und Abiturientinnen seit vielen Jahren das Abitur im Winter und beginnen häufig ihr Studium im Sommersemester.

Mit den skizzierten Vorschlägen sollen die Folgen der Corona-Schuljahre zumindest abgemildert werden. Implizit werden dabei unterschiedliche (Bildungs-)Ziele verfolgt. Die wichtigsten sind: Entstandene Ungleichheiten sollen abgebaut werden, Mindeststandards in den Kernfächern Mathematik und Deutsch, aber auch in den Nebenfächern sollen gesichert werden. Es soll kein Druck auf Kinder mit großen Lernlücken ausgeübt werden, aber auch keine Langeweile für jene entstehen, die weniger Lücken haben. Schließlich müssen die Maßnahmen der Einzelschule zu bewältigen und flächendeckend umsetzbar sein. Diese Ziele werden mit den genannten Vorschlägen jeweils unterschiedlich gut erreicht (siehe Tabelle 2). Welche Maßnahmen (bzw. Maßnahmenbündel) präferiert werden, sollte somit auch davon abhängen, welche Ziele besonders wichtig erreicht werden sollen.

Tabelle 2: Schule nach Corona – Maßnahmen und Ziele

Ziele	Vorschlag 1:	Vorschlag 2:		Vorschlag 3:	Vorschlag 4:	Vorschlag 5:
	Nachhilfe etc.	Individuelles Wiederholen		Lernstoff weglassen	kollektives Wiederholen	Schuljahresverlängerung
		Wenige wiederholen	Viele wiederholen			
Ungleichheit abbauen	+	-	+	+	+	+
Mindeststandards in Mathe und Deutsch sichern	+	-	+	0	+	+
Mindeststandards in kleinen Fächern sichern	0	-	+	-	+	+
Kein Druck für Kinder mit großen Lernlücken	-	-	+	+	+	+
Keine Langeweile für Kinder mit kleinen Lernlücken	+	+	+	0	--	-
Keine systemischen Konsequenzen	+	+	--	+	--	-
flächendeckend gleichermaßen umsetzbar	-	+	-	+	-	-

+ Erfüllung des jeweiligen Ziels wahrscheinlich
 0 unklar, ob das Ziel mit diesem Vorschlag zu erfüllen ist
 -/-- Erfüllung des jeweiligen Ziels eher/sehr unwahrscheinlich

Als hätte es Corona nie gegeben

Die Corona-Pandemie ist eine außergewöhnliche Krise, in der es keine einfachen Lösungen gibt. Anliegen dieses Beitrags ist es daher, eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Die von der Bildungspolitik bisher präsentierten Lösungen (Nachhilfe oder freiwillige individuelle Klassenwiederholung) setzen an althergebrachten Stellschrauben des Systems Schule an, um „schlechte“ Schüler und Schülerinnen wieder in die Spur zu bekommen. Maßstab sind also jene Schüler und Schülerinnen, die gut durch die Corona-Schuljahre gekommen sind und den Lehrplan trotz Corona erfüllt haben – die Lernlücken der anderen werden zum Defizit, das aufzuholen ist. Das System Schule verlangt, die Lücken zu schließen, und tut damit letztlich so, als hätte es Corona nicht gegeben.

Der WZBrief **Bildung** erscheint mehrmals im Jahr in unregelmäßigen Abständen. Er bietet zu einem Thema knappe Analysen von WZB-Forscherinnen und -Forschern.

Der WZBrief **Bildung** wird elektronisch versandt. Abonnieren unter: www.wzb.eu/de/presse/presseverteiler



WZB auf Twitter
www.twitter.com/WZB_Berlin

Sollten sich die Antworten der Bildungspolitik aber nicht eher auf jene fokussieren, die keinen Internetanschluss, kein Endgerät hatten, deren Eltern kein Deutsch sprechen, denen die Eltern nicht helfen konnten, die psychisch stark unter den Schulschließungen gelitten haben, in deren Wohnort die Schulen häufig geschlossen waren, weil es hohe Virus-Inzidenzen gab, deren Lehrkräfte kein oder wenig Feedback gaben, den Distanzunterricht nicht gut strukturierten oder nicht erreichbar waren? Schon in vermeintlich „normalen Zeiten“ ist es problematisch, einzelne Kinder für ihre Lernrückstände verantwortlich zu machen. Umso mehr haben wir es in dieser Pandemie nicht mit individuellem Versagen der Schüler und Schülerinnen zu tun, sondern mit systemischen Problemlagen. Die Antworten der entscheidungsrelevanten Akteure beziehen diese systemischen Problemlagen bisher nicht ausreichend mit ein, sondern individualisieren diese Defizite als Versagen des und der Einzelnen.

Gerade weil es keine einfache Lösungen gibt, braucht es nun vor allem Zeit: Zeit, um darüber zu diskutieren, wie es weitergehen soll; Zeit, um uns einen Überblick über die Schäden der Corona-Schuljahre zu verschaffen; und Zeit, um uns um die Schüler und Schülerinnen zu kümmern, die im Distanzunterricht eine schwere Zeit hatten.

Impressum

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB Berlin Social Science Center
Herausgeberin
Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Redaktion
Dr. Harald Wilkoszewski
Gabriele Kammerer

Satz
Julia Kissel

Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Telefon +49 (30) 25491-0
Telefax +49 (30) 25491-684

wzb@wzb.eu
www.wzb.eu

Zum Weiterlesen

Marcel Helbig (2021): Corona Schuljahre – und wie weiter? Eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Debatten zur Schließung der Lernlücken infolge der Corona-Schuljahre 2019/20 und 2020/21. [WZB-Discussion-Paper P-2021-002](#).

Fußnoten

¹ Diese fassen den Lernstoff über mehrere Schuljahre und Fächer in Jahreswochenstunden zusammen. Wie der Lernstoff dann konkret im Unterricht behandelt wird, kann flexibel vor Ort entschieden werden.